

Wien, am Montag, den 1. Dezember 1930. Zweite Ausgabe

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1931.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Generaldebatte über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 fort. Zunächst beendete Gemeinderat Angermayer seine am Freitag begonnene Rede. Er führte aus, dass die Privatwirtschaft unter einer übermässigen Besteuerung leide, die einer Uebersteuerung gleichkomme. Der Kampf der Gemeinde gegen die Privatwirtschaft werde ausserdem durch die Führung gewisser Betriebe noch verschärft. Die nächsten Ausführungen des Redners richteten sich gegen die Praxis des freien Ermessens. Bei der Wertzuwachssteuer zum Beispiel häufen sich riesige Rückstände an, die, wie der Magistrat mitteilt, trotz aller Mühe nicht eingetrieben werden können. Das sei erklärlich, weil es sich bei den meisten Verkäufen um Zwangsgeschäfte handle. Trotz dieser Zustände sei der Ertrag der Wertzuwachssteuer im Voranschlag höher angesetzt worden als für das laufende Jahr. Aus allen angeführten Gründen müsse daher auch der Voranschlag für das Jahr 1931 abgelehnt werden.

Stadtrat Biber bemerkt, es sei unfassbar, dass bei der Aufstellung des Voranschlages auf die Wirtschaft keinerlei Rücksicht genommen worden sei. So nehme das Budget beispielsweise gar keine Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit und auch nicht auf die Zusammenbrüche alter Wiener Firmen. Die Lage der Wirtschaft sei katastrophal, ein Zustand, der dazu zwingt, den Steuerdruck zu ermässigen. Trotzdem mache, wie der Voranschlag zeigt, die Gemeinde von ihrem Steuersystem den rücksichtslosesten Gebrauch. Das System der städtischen Wohnbautätigkeit habe auf die Wirtschaft nachteilige Folgen, da die Grund- und Realitätswerte künstlich niedergehalten werden. Der Wohnbau der Gemeinde allein könne zu keiner geregelten Bauwirtschaft führen. Die Aufbringung der Baumaterialien durch die Gemeinde selbst werde ebenfalls nicht mehr lange aufrechterhalten werden können. Das Baugewerbe sei durch das ganze System vollkommen zugrunde gerichtet worden. Die Art und Weise, wie die städtischen Arbeiten vergeben werden, fordere gleichfalls die schärfste Kritik heraus. Die Arbeiten werden willkürlich vergeben. Ein arges Kapitel sei auch die Konkurrenzierung vieler Zweige der Privatwirtschaft durch städtische Betriebe. Handel, Gewerbe und Industrie werden dadurch auf das schwerste geschädigt. Hinsichtlich der Abgabenteilung führt Stadtrat Biber aus, dass es ganz ausgeschlossen sei, im Falle der Kürzung der Wiener Anteile die Bevölkerung und die Wirtschaft unter erhöhtem Steuerdruck zu setzen. Was die Gewerbeförderung betreffe, so müsse der Wirtschaft vor allem durch eine Ermässigung der Gas- und Strompreise entgegengekommen werden, da die letzte Erhöhung der Strompreise viele Gewerbe gezwungen haben, ihre Betriebe einzuschränken. Verheerend sei auch das System, die Steuern auf Grund des Bruttoumsatzes zu bemessen. Stadtrat Biber verlangt demnach noch Aufklärung über die Anwendung des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe nach dem 1. Jänner 1931, und betont, dass das System dieser Abgabe geändert und Erleichterungen geschaffen werden müssen. Alles in allem wirke der Voranschlag auf die Wirtschaft geradezu als Hohn und müsse daher abgelehnt werden.

Gemeinderat Binder führt aus, es sei am deutlichsten aus den Steuer rückständen und Ansuchen um Bewilligung von Ratenzahlungen zu ersehen, wie es um die Wirtschaft bestellt sei. Trotz aller Wirtschaftsnot werde jedoch das Wiener Steuersystem nicht geändert. Statt Erleichterungen schaffe die Gemeinde noch Erschwernisse. So werde geplant, die Reklamesteuer auszubauen, was technisch eine bessere Erfassung der Steuer genannt werde. Zur Hauspersonalabgabe bemerkt der Redner, dass es unbedingt notwendig sei, auch hier eine Erleichterung eintreten zu lassen, da diese Abgabe nur dazu beitrage, die Zahl der arbeitslosen Hauspersonales ständig zu vergrössern. Solange der Voranschlag auf die wirklichen Verhältnisse keine Rücksicht nehme, könne er keine Billigung finden.

Gemeinderat Uebelhör erklärt, dass der Grundzug der Sozialdemokratie darin bestehe, Gewerbe und Wirtschaft zugrunde zu richten. Unhaltbar sei auch, dass Gewerbetreibende, die Gemeindearbeiten haben, sich bei sozialdemokratischen Fachvereinen organisieren lassen müssen, damit sie ihre Arbeiten erhalten. Die Steuerlast, die der Bevölkerung und der Wirtschaft auferlegt werde, mache gesunde Verhältnisse einfach unmöglich. Unter diesen Umständen könne auch von einer Gewerbeförderung durch die Gemeinde keine Rede sein. Nicht nur die Verwaltung allein, sogar auch die Monopolbetriebe bereiten Gewerbe und Industrie grosse Schwierigkeiten.

In seinem Schlusswort führt Stadtrat Breitner auf die Vorwürfe der Opposition, dass die Gemeinde trotz der misslichen Lage der Wirtschaft in ihren Ausgaben keine Sparsamkeit walten lasse, aus, dass auch der Bund für das Jahr 1931 weitaus grössere Ausgaben veranschlagt habe. Der Bund gebe laut Voranschlag im kommenden Jahr um 7'6 Prozent mehr aus als heuer, die Gemeinde jedoch nur um rund 2 Prozent. Trotz der Wirtschaftsungunst rechne der Bund auch mit Mehreinnahmen bei verschiedenen Steuern, so unter anderem bei der Körperschaftssteuer um 10 Millionen Schilling, bei der Vermögenssteuer um 2 Millionen Schilling, bei der Warenumsatzsteuer um 3 Millionen Schilling, bei den Zöllen um 49 Millionen Schilling. Die Stempel- und Rechtsgebühren sollen um 6 Millionen Schilling mehr bringen, aus der Zuckersteuer hole der Bund bekanntlich einen um 42 Millionen Schilling höheren Ertrag, als für 1930 veranschlagt gewesen sei. Die Gemeinde habe hingegen die Abgaben für 1931 niedriger veranschlagt als für das laufende Jahr. Zur Frage der Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues durch eine Anleihe bemerkt Stadtrat Breitner, dass dieser Weg nicht beschritten werden könne. Wien leide nicht nur unter einer Wohnungsnot infolge des Ausfalles der Bautätigkeit während des Krieges und ein paar Jahre nachher. Weit wesentlicher sei noch, dass seit jeher Zehntausende von Wohnungen vollkommen unhygienisch, ja vielfach geradezu menschenunwürdig seien. Damit erwachse der Verwaltung die Aufgabe, Abhilfe zu schaffen und auch für einen Ersatz der in einer so alten Stadt wie Wien zahlreichen demolierungsreifen Objekte zu sorgen. Der Weg der Anleihe wäre nur dann denkbar, wenn in 4 bis 5 Jahren das Wohnungselend behoben sein würde. Das sei aber ganz ausgeschlossen. Wenn man heute den Weg einer Anleihe beschreiten würde, so ferne eine solche für diese Zwecke überhaupt erlangbar wäre, wäre man in 4 bis 5 Jahren gezwungen, die Bautätigkeit einzustellen. Die Wohnbausteuer sei dann für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe festgelegt und man müsste neue Steuern einheben und das Schuldenmachen zum System erheben. Stadtrat Breitner verweist auf deutsche Städte, die durch den Weg der Verschuldung in Gefahr seien, ihre Selbstverwaltung zu verlieren. Wollte man aber den Aufwand einer Anleihe aus den Mietzinsen bestreiten, so ergeben sich Beträge, die für die breiten Massen völlig unerschwinglich sind. Hinsichtlich der Abgabenteilung betont Stadtrat Breitner, dass dabei von einem Alimentationsprinzip, wie Stadtrat Kunschak es genannt habe, unter keinen Umständen gesprochen werden könne. Bekäme die Gemeinde Wien wieder ihr Zuschlagsrecht, würde sich jeder Kampf aufhören. Auf den Vorwurf, dass die Gemeinde die Steuern rücksichtslos einhebe, erwidert der Finanzreferent, dass sich der Magistrat bemühe, auf die Lage der Steuerträger im weitesten Masse Rücksicht zu nehmen. So wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres 13.837 Ansuchen um Stundungen eingebracht. Davon habe der Magistrat nicht weniger als 12.929 Ansuchen bewilligt. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit der Jugend führt Stadtrat Breitner aus, dass die Gemeinde auf die schrecklichen Nöten, in der sich die Jugendlichen befinden, deren Leben in Zehntausenden von Fällen mit Arbeitslosigkeit beginne, von den Gewerkschaften, dem Präsidium der Arbeiterkammer und von der Leitung der Fortbildungsschulen, die alle die traurigen Zustände der arbeitslosen Jugend Tag für Tag sehen, aufmerksam gemacht und ersucht worden sei, auch im kommunalen Wirkungskreis für eine Abhilfe Vorsorge zu treffen. Es solle dies etwa in der Weise geschehen, dass man Lokale zur Verfügung stelle, in denen die jugendlichen Arbeitslosen sich aufhalten und Gelegenheit finden sollen, sich entsprechend zu beschäftigen. Die Verwaltung sei auch gewillt, sich trotz der damit verbundenen Ausgaben in der ernsthaftesten Weise und ohne Verzögerung mit dieser wichtigen, ja geradezu brennenden Frage zu befassen. Für die Befürchtung, dass dies in einer parteipolitisch einseitigen Weise geschehen könnte, liege kein Anlass vor.

Damit ist die Generaldebatte abgeschlossen. In der Spezialdebatte über die Gruppe für Finanzwesen, in der die Stadträte Kunschak, Dr. Alma Motzko, Biber und Gemeinderat Uebelhör das Wort nehmen, stellt Gemeinderat Binder den Antrag auf Einsetzung einer Kommission bestehend aus je drei Mitgliedern des Stadtsenates und des städtischen Finanzausschusses. Diese Kommission hätte die Aufgabe innerhalb dreier Monate Anträge betreffend Aufhebung beziehungsweise Herabsetzung einzelner Gemeindesteuern zu stellen. Stadtrat Breitner spricht sich gegen die Annahme des Antrages aus, worauf die Positionen der Verwaltungsgruppe für Finanzen mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt werden.

Die Beratungen werden morgen Dienstag um 16 Uhr fortgesetzt. Zur Verhandlung kommt die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform.